

# Probleme der revolutionären Umgestaltungen in Äthiopien

Interview des PMAC-Vorsitzenden Mengistu Haile Mariam für DDR-Korrespondenten

Der Vorsitzende des Provisorischen Militärverwaltungsrates (PMAC) Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, hat in Addis Abeba dem Afrikakorrespondenten des Fernsehens und Rundfunks der DDR, Christian Schneider, das folgende Interview gewährt:

**FRAGE:** Genosse Vorsitzender, wie ist die revolutionäre Entwicklung in Äthiopien zu charakterisieren?

**ANTWORT:** Wie Sie sicher wissen werden, ist unsere Revolution durch folgende Punkte charakterisiert: Erstens hat sie einen nationaldemokratischen Charakter. Nationaldemokratisch deshalb, weil unser Kampf zur Zeit antifeudal, antiimperialistisch und antikapitalistisch ist. Dieser Kampf gegen die drei Feinde der äthiopischen Völker ist nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse und der Bauern, sondern auch im Interesse der fortschrittlichen Kräfte des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie. Deshalb ist es eine nationaldemokratische Revolution. Zweitens ist unsere Revolution dadurch charakterisiert, daß die fortschrittlichen Kräfte, die gegen Feudalismus, Imperialismus und Kapitalismus kämpfen, um ihre demokratischen Rechte ringen. Wir sagen, das ist neu, weil diese Revolution, die wir heute hier führen, sich von der bürgerlichen Revolution des letzten Jahrhunderts grundlegend dadurch unterscheidet, daß wir hier das Fundament zum Aufbau des Sozialismus schaffen wollen. Das ist wohl das wichtigste Merkmal der nationaldemokratischen Revolution in Äthiopien.

In den letzten zwei Jahren, während unserer nationaldemokratischen Revolution, haben die progressiven Kräfte Äthiopiens und die Volksmassen große Siege errungen. Das sind erstens: Durch den Kampf der Volksmassen haben wir die feudale-bürgerliche Klasse Äthiopiens entmachtet und die Monarchie abgeschafft. Ein wichtiger und entscheidender Erfolg ist, daß unser Kampf auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus geführt wird. Ein weiterer großer Sieg der letzten beiden Jahre war für die Völker Äthiopiens, daß wir mit den alten feudalistischen Produktionsverhältnissen Schluss gemacht haben. Dazu gehört die Agrarreform für die Bauern, die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Nationalisierung großer Betriebe, von Versicherungsinstituten, von Banken und anderen wichtigen Produktionsstätten und Unternehmen. Natürlich zählt hierzu auch die Beseitigung des Erbrechts bei Häusern und Ländereien, die früher den Großgrundbesitzern gehörten. Das sind nur einige Beispiele, einige Errungenschaften, die die äthiopischen Völker in den letzten zwei Jahren erkämpft haben. Sie sind unser Fundament und Ausgangsbasis für den Aufbau des Sozialismus in Äthiopien.

Die gegenwärtige Zeit ist eine Periode, in der wir unsere Revolution konsolidieren. Das ist deshalb eine Periode der Konsolidierung, weil wir die schon errungenen Positionen nicht verlieren, sondern die Revolution weiterführen wollen. Auf dem Lande haben sich die Bauern zu Bauernorganisationen zusammengeschlossen. In diesen Organisationen haben sie auch ihren eigenen Vorstand, ihre eigenen Volksjustizorgane, und sie haben sich auch zum Teil bewaffnet. Ein Schritt, um unsere Revolution weiter zu konsolidieren, ist die Vereinigung aller Bauern auf nationaler Ebene. Und daran arbeiten wir gegenwärtig. Was wir jetzt noch weiter ausbauen, ist die Organisation der Arbeiterklasse in Äthiopien. Nach der Enteignung der großen Fabriken und Unternehmen haben sich die Arbeiter in drei Stufen organisiert. Erstens auf der Betriebsebene, wo sich die Arbeiter ihre eigene Führung geschaffen haben, zwei-



Massenkundgebung in Addis Abeba zur Unterstützung der Politik des Provisorischen Militärverwaltungsrates Foto: ZB/Nölle

tens haben sie sich organisiert nach Beruf, und drittens ist der äthiopische Gewerkschaftsbund – die All-Ethiopian Trade Union – gegründet worden.

Mit großem Erfolg ist dies alles hier geschaffen worden, die Arbeiter nehmen am Aufbau und der Konsolidierung der Revolution mit ganzem Herzen teil.

Ich möchte noch erwähnen, daß sich auch in den Städten die unterdrückten Volksmassen in demokratisch gebildeten Stadtwohnereinigungen organisiert haben. Sie besitzen ihre eigenen gewählten Leitungen, ihre eigene Volksjustiz und anderes mehr. Wir sind dabei, Frauen- und Jugendorganisationen zu gründen, alle patriotischen Kräfte zu organisieren.

Das grundsätzliche Ziel, das wir verfolgen, besteht darin, alle fortschrittlichen Kräfte und die fortschrittlichen Massenorganisationen zusammenzuführen, um eine proletarische Partei zu gründen. Die Gründung dieser proletarischen Partei wird den Aufbau der volksdemokratischen Republik Äthiopiens ermöglichen. Diese volksdemokratische Republik Äthiopiens wird nach unserer Überzeugung durch die Führung der Arbeiterpartei, durch die zentrale staatliche Leitung der Ökonomie und der gesamten Verwaltung dem Aufbau des Sozialismus einen weiteren Schritt näherkommen.

**FRAGE:** In Ihrer jüngsten Rede haben Sie gesagt, wir haben uns von der defensiven auf eine offensive Position begeben. Darf ich Sie bitten, das zu erläutern, und wie würden Sie die gegenwärtige Situation in Äthiopien beschreiben?

**ANTWORT:** Wenn wir sagen, daß unsere Revolution von der defensiven zu einer offensiven Position übergegangen ist, dann stimmt dies eigentlich nicht ganz. Denn natürlich war 1974, der Beginn der Revolution, bereits die Offensive.

In den letzten Monaten gab es einige Elemente innerhalb des Militärates, die natürlich Mitglieder verschiedener konterrevolutionärer Organisationen waren, wie z. B. der EDU, einer Organisation der Aristokratie, der ELF, einer von den arabischen reaktionären Regierungen unterstützten separatistischen Gruppe. Diese hatten mit Hilfe von Kräften innerhalb des Provisorischen Militärverwaltungsrates in den letzten Monaten versucht, den Prozeß der revolutionären Umgestaltung aufzuhalten und zurückzudrängen und hatten auch viele unserer Genossen auf der Straße erschossen. Dabei hatten sie die Unter-

stützung der imperialistischen Kräfte. Nun, diese Kräfte innerhalb des Provisorischen Militärverwaltungsrates hatten in der letzten Zeit versucht, unsere fortschrittliche Entwicklung stark zu behindern.

Nach der Eliminierung dieser reaktionären Kräfte innerhalb des PMAC ist es für uns möglich geworden, die Bevölkerung weiter für die Ideen der Revolution zu begeistern, die Revolution fortzuführen, die Einheit des Landes weiterhin zu schützen, damit die Völker Äthiopiens Freude und Frieden in diesem Lande haben und ihr eigenes Glück aufbauen können. Wenn wir sagen, daß wir von der defensiven zur offensiven Position übergehen, dann heißt das für uns die Bewaffnung der unterdrückten Volksmassen und die Organisation des bewaffneten Kampfes gegen die Feinde der Revolution.

Wir sind sicher, so wird es uns möglich sein, den entscheidenden Sieg über alle reaktionären Kräfte zu erringen.

**FRAGE:** In welcher Weise bemühen sich die fortschrittlichen Kräfte um die Teilnahme der Massen an den verschiedenen Gebieten der Staatsmacht?

**ANTWORT:** Die äthiopischen fortschrittlichen Kräfte und die unterdrückten Völker Äthiopiens können ihres Sieges erst gewiß sein, wenn sie sich organisieren und wenn sie bewaffnet sind. Dazu ist auch der ideologische Kampf notwendig, die Auseinandersetzung mit den Reaktionären.

So wird es möglich sein, in Äthiopien eine wirkliche Volksmacht zu errichten. Wie wir das schon im Programm der nationaldemokratischen Revolution zum Ausdruck gebracht haben, wird der Provisorische Militärverwaltungsrat allen fortschrittlichen Kräften in diesem Lande moralische und materielle Unterstützung geben. Der Militärat steht an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte in ihrem Kampf, und das ist auch der Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus und Kapitalismus. Wir unterstützen alle Kräfte hier in diesem Lande, die gegen diese drei Feinde kämpfen.

Wir haben auch eine provisorische Organisation der Massen aufgebaut, die von den fortschrittlichen Kräften getragen wird, die bereits in der Periode der Herrschaft Haile Selassies gekämpft haben. Diese Organisation arbeitet jetzt bereits im ganzen Lande, angefangen von der Hauptstadt Addis Abeba bis in die einzelnen Provinzen und Distrikte. So arbeiten die Massenorganisationen, und wir hoffen, daß diese Arbeit dem

Volk die stärkere Teilnahme an der Revolution ermöglicht. Wir haben damit in der letzten Zeit große Erfolge errungen. Diese Organisationen vereinen das Volk gegen die Hauptfeinde Äthiopiens – Feudalismus, Imperialismus, Kapitalismus – und tragen schließlich auch dazu bei, daß hier eine proletarische Partei aufgebaut wird. Nur durch den Aufbau dieser proletarischen Partei wird es möglich sein, die volksdemokratische Republik Äthiopiens zu errichten. Die marxistisch-leninistischen Organisationen, die heute in diesem Lande existieren, arbeiten mit dem Ziel, alle fortschrittlichen Kräfte zu formieren. Sie sollen zu einer revolutionären Einheitsfront der verschiedenen marxistisch-leninistischen Organisationen und Gruppierungen führen. Wir glauben, daß die verstärkte Arbeit der Gruppen unter den Massen, die wir als PMAC mit ganzen Kräften unterstützen, schließlich eine solche Vereinigung schafft, die sich als marxistisch-leninistische Partei organisieren kann. Dadurch und durch die Teilnahme der Volksmassen wird es möglich sein, die Macht an sie zu übertragen. Der Provisorische Militärverwaltungsrat und das ganze Militär sind dabei, diese Kräfte materiell und moralisch zu unterstützen. Sobald eine Situation geschaffen ist, die wirklich die Einheit der Massen und die Organisation der Massen sicherstellt, wird das Volk die Macht übernehmen können.

**FRAGE:** Welcher Linie folgen Sie in der Außenpolitik?

**ANTWORT:** Wie im Nationaldemokratischen Programm ausgedrückt, verfolgen wir auf außenpolitischem Gebiet die fünf bekannten Prinzipien: Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung, Neutralität, die Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes. Wir sind natürlich auch für Beziehungen auf der Basis völliger Gleichberechtigung.

Das neue Äthiopien kämpft mit allen fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus. Und wir stehen zusammen Hand in Hand mit allen fortschrittlichen Kräften Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und insbesondere mit den Kräften der nationalen Befreiungsbewegungen, die noch um die Freiheit ihrer Länder kämpfen. Wir stehen alle zusammen, und wir unterstützen sie moralisch und materiell, soweit es uns möglich und solange es notwendig ist.

**FRAGE:** Genosse Vorsitzender, Sie haben persönlich große Verdienste bei der Durchsetzung der historischen Veränderungen der Gesellschaft in Äthiopien. In diesem Prozeß haben die DDR und die anderen sozialistischen Länder die revolutionären äthiopischen Kräfte von Anfang an unterstützt. Möchten Sie vielleicht in diesem Zusammenhang einige Worte an das Volk der DDR richten?

**ANTWORT:** Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um meinen herzlichsten Dank gegenüber allen sozialistischen Ländern und gegenüber dem Volk der DDR zum Ausdruck zu bringen. Unser Volk weiß um die große Unterstützung und Hilfe auf politischem und ökonomischem Gebiet, die uns das Volk der DDR und die Partei der Arbeiterklasse gegeben haben und geben. Seit Beginn unserer Revolution erhalten wir aktive Unterstützung. Wir sind der Meinung, daß die Solidarität zwischen unseren beiden Ländern auf ökonomischem und politischem Gebiet sehr erfolgreich ist.

Die große internationale Unterstützung, die wir von allen sozialistischen Ländern bekommen, hat uns in unserem Kampf sehr bestärkt. Die fortschrittlichen Kräfte Äthiopiens, der PMAC, die Arbeiter und die Bauern haben mit großer Deutlichkeit in den letzten Jahren die große Solidarität gesehen, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und das Volk der DDR geleistet haben. Die ehrliche und große Freundschaft, die zwischen unseren beiden Ländern besteht, und insbesondere die Besuche von Genossen Werner Lamberz und von Genossen Oskar Fischer haben unsere Freundschaft weiter vertieft. Für uns ist das auch ein großer Schritt bei der Festigung der Beziehungen zwischen dem äthiopischen Volk und dem Volk der DDR.

# Verbrechen in Chile an Pranger gestellt

UNO-Gruppe weist faschistischen Terror dokumentarisch nach

Die faschistische Militärjunta in Chile hat seit ihrem Putsch durch Mord, Folterungen und andere Repressalien eine grausame Willkürherrschaft errichtet, deren Methoden in der jüngsten Zeit lediglich geändert oder verfeinert wurden. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Chile an die hochwärtig in Genf stattfindende 33. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hervor.

Die UNO-Arbeitsgruppe weist in dem über 140 Seiten umfassenden Dokument entschieden die Behauptungen der faschistischen Junta von „Veränderungen“ zurück und konstatiert, daß eine „bemerkenswerte Entwicklung zur Wiederherstellung der Menschenrechte“ nicht vorhanden ist. „Folterungen inhaftierter Personen scheinen eine normale Praxis der DINA zu sein. Die Anzahl Verschollener hat erheblich zugenommen. Als vermifft gemeldete Personen tauchen unter verdächtigen Umständen tot wieder auf.“

Die Arbeitsgruppe stellt weiter fest, daß einige Konzentrationslager und Haftanstalten von der offiziellen Liste gestrichen wurden. „Aber andere Häuser, Villen, Schulen und Armee-Einrichtungen dienen nunmehr den gleichen Zwecken“, wird betont. In der Bevölkerung sind Angst und Schrecken weit verbreitet. Dem Bericht zufolge übt die faschistische Geheimpolizei DINA auch weiterhin „unbegrenzte Macht“ aus. Die auf internationalen Druck erfolgten Freilassungen sowie die von der Junta propagandistisch verkündeten „Konstitutionsakte“ ließen nicht den Schluß zu, daß die Menschenrechte in Chile geachtet werden.

Unter Hinweis auf die andauernde Verhaftungswelle stellt die Arbeitsgruppe fest, daß ihr allein aus der zweiten Hälfte des Vorjahres 150 unterzeichnete Erklärungen vorliegen, aus denen die barbarischen Methoden der Einkerkung hervorgehen. Angesichts der in verschiedenen Teilen des Landes gefundenen Leichen, die oft so verstümmelt waren, daß eine Identifizierung unmöglich war, taucht in dem Bericht

das Wort „Sadisten“ auf. Aus einer Tabelle im Bericht geht ferner hervor, daß der Anteil der Verschollenen an der Gesamtzahl der Verhaftungen vom Sommer bis Ende des Vorjahres von etwa 30 Prozent auf 60 Prozent anstieg.

Der Arbeitsgruppe liegen detaillierte Angaben des kirchlichen „Vikariats der Solidarität“ über 383 verhaftete und vermifft Patrioten vor. Sie verfügt über Zeugenaussagen von Personen, die in Anbetracht weiterer Verfolgungen ihren Namen nicht nennen konnten und zu Protokoll gaben, daß sie nach schrecklichen Folterungen, unter anderem mit Elektroschocks, ein Papier der DINA unterzeichnen mußten, das sie selbst nicht lesen durften. Es gäbe keinerlei Anzeichen, so unterstreicht die Arbeitsgruppe, daß die „Maschinerie der politischen Unterdrückung reformiert“ wurde. „Die DINA ist weiterhin das Hauptinstrument zur Aufrechterhaltung der ‚Sicherheit des Staates‘, also mit anderen Worten der Unterdrückung“, wird betont.

Die Arbeitsgruppe weist nach, daß die Repressalien gegen die Gewerkschaften verstärkt wurden, und führt Namen bekannter Gewerkschaftsführer an, die eingekerkert wurden oder vermifft werden. Im Bildungswesen und in der Kultur zeichnen sich der Arbeitsgruppe zufolge äußerst schwere Verzerrungen auf allen Ebenen ab. In den Universitäten werden ganze Fachbereiche den „Interessen multinationaler Unternehmen“, vor allem der USA, untergeordnet, heißt es. Zusammenfassend gelangt die Arbeitsgruppe zu der Feststellung: „Die an der Macht befindliche Regierung versucht in dieser oder jener Weise, alle Elemente eines wirklichen und möglichen Widerstandes gegen das Regime auszumeren.“

Als Anhang hat die Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission unter anderem dokumentarisches Material über die barbarischen Foltermethoden der Faschisten beigefügt. Darin prangert sie die physischen und psychischen Praktiken scharfsten an, die in der letzten Zeit weiterentwickelt wurden.

# Eindeutige Beweise für Praxis des Verschwindens

Ehemaliger Erziehungsminister Allendes vor der Presse in Genf

Eindeutige Beweise für die Praxis der faschistischen Militärjunta in Chile, nicht über Verhaftungen von Patrioten zu informieren und politische Gefangene in zunehmendem Maße „verschwinden“ zu lassen, wurden am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Genf geliefert. Die Lage in Chile habe sich weiter verschlechtert, unterstrich der ehemalige Erziehungsminister der Regierung Allende, Prof. Edgardo Henriquez, Mitglied der Radikalen Partei, der gegenwärtig Anatomie an der Universität Oxford lehrt. Aus seinem Bekannten- und Verwandtenkreis nannte Prof. Henriquez, der als Mitglied einer Delegation „Demokratisches Chile“ zur Tagung der UNO-Menschenrechtskommission in der Schweizer Konferenzstadt weilte, mehrere Fälle von der Junta verschleppter Personen, deren Festnahme die Pinochet-Chique bis heute leugnet. Zu diesen gehört auch sein Sohn Edgardo. Er war in Argentinien festgenommen und nach Chile transportiert worden, wo er in der berühmtesten Folterstätte „Villa Grimaldi“ misshandelt wurde. Prof. Henriquez selbst hatte als „gefährliches Element“ ohne Anklage vier Monate im KZ auf der Insel Dawson, zusammen mit Luis Corvalán, unter unmenschlichen Bedingungen zubringen müssen.

Das barbarische System der faschistischen Militärjunta prangerte auch der führende Vertreter der chilenischen Gewerkschaftsbewegung Mario Navarro auf der Pressekonferenz an. Als besonders tragisch bezeichnete er die Fälle von Marta Ugarte, Carmelo Soria, Lumy Videla und Manuel de la Cruz Vargas, die von den faschistischen Schergen barbarisch ermordet wurden. Lumy Videla habe er mit eigenen Augen in einem Kerker der faschistischen Geheimpolizei DINA gesehen. Einige Tage später wurde der Fund ihrer Leiche im Garten der italienischen Botschaft gemeldet.

Mit einer eidesstattlichen Erklärung seiner Mutter konnte der Sohn des stellvertretenden Generalsekretärs der KP Chiles und Mitbegründers der Gewerkschaftsbewegung CUT, Victor Diaz, auf der Pressekonferenz nachweisen, daß sein Vater am 12. Mai vergangenen Jahres von der DINA verhaftet und am 20. Oktober noch lebend in ihren Händen war, obwohl Junta-Behörden auf Anfragen noch heute die Festnahme und Inhaftierung des Kommunisten und Gewerkschaftsführers leugnen. Diaz appellierte an die Öffentlichkeit, angesichts der ständigen Drohungen seitens der Geheimpolizei Hilfe zu leisten, da das Leben seiner Mutter und seiner Schwestern sehr gefährdet ist.

# VR Moçambique geht an die Lösung schwieriger Aufgaben

Hochwasserkatastrophe kompliziert Stabilisierung der Wirtschaft  
Von Reiner O schmann

Beim Rückflug aus Maputo Richtung DDR konnten wir schon wenige Minuten nach dem Start der TU 154 in der moçambiquanischen Hauptstadt unter uns riesige, unter Wasser stehende landwirtschaftliche Flächen sehen. Etwa eine Woche zuvor hatten hier die schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten die drei im Süden gelegenen Provinzen Maputo, Gaza und Inhambane heimgesucht. Hunderte Menschenleben und zahllose Vermifft sind zu beklagen. Ganze Viehherden ertranken, die Ernte eines Jahres versank buchstäblich in den Fluten.

In der ohnehin mit einem ganzen Wust von kolonialen Nachfolgeproblemen konfrontierten Volksrepublik orientieren FRELIMO-Partei und Regierung verstärkt auf den Zusammenschluß und die weitere Mobilisierung der Bevölkerung.

Die FRELIMO, die kürzlich auf ihrem III. Kongreß in Maputo die Formulierung einer marxistisch-leninistischen Partei der Avantgarde des Bündnisses der Arbeiter und Bauern beschlossen hatte, beweist auch in dieser Bewährungssituation Realismus und Entschlossenheit, die der FRELIMO im Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus eine unschätzbare Vertrauensposition in der Bevölkerung des Landes eingebracht haben. Mit dem gleichen revolutionären Elan hat schließlich der Kongreß auch auf die Schwerpunkte orientiert, auf die es in der kommenden Phase der nationaldemokratischen Revolution vor allem in der Wirtschaft der VR Moçambique ankommt.

Im Bereich der Industrie, so hatte beispielsweise Marcelino dos Santos, Mitglied des Ständigen Politischen Komitees des ZK der FRELIMO-Partei und Sekretär für Wirtschaftspolitik, bei der

Begründung der ökonomischen Direktive unterstrichen, müßten jetzt „alle menschlichen und materiellen Reserven mobilisiert werden“, um die durch den Schwund an Fachkadern geschädigte Produktion in Gang zu halten und wieder zu steigern.

Zeitungen und Rundfunk berichten täglich über neue Aktivitäten an der „Front der Produktion“ zwischen den Grenzflüssen Rovuma im Norden und Maputo im Süden. Es geht um eine Offensive, in der sich zugleich die Arbeiterklasse quantitativ und qualitativ entwickelt, die im Bündnis mit der zahlenmäßig weit stärkeren Bauernschaft zur führenden gesellschaftlichen Kraft Moçambiques werden soll.

In dieser Produktionsoffensive wird künftig auch der ökonomische Wettbewerb stärker eine stimulierende Rolle spielen. Bereits auf dem Kongreß waren unter dem Riesenbeifall der Delegierten und Gäste erstmals Vertreter von Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben, aus den im Entstehen begriffenen Gemeinschaftsdörfern auf dem Lande oder aus Kindererziehungsanstalten ausgezeichnet worden – in diesem Fall für besonders gute Leistungen in Vorbereitung des FRELIMO-Kongresses.

Die Schaffung von Aldeias Comunas, jener Gemeinschaftsdörfer an Stelle der heute noch vielerorts in Moçambique anzutreffenden, verstreut liegenden und in Subsistenzwirtschaft vegetierenden Bauernwirtschaften, war auf dem Kongreß als Schwerpunktaufgabe für die Landwirtschaft hervorgehoben worden. Nur so könne auch auf diesem Gebiet der erforderliche Produktionsanstieg gewährleistet werden mit dem Ziel, später die Versorgung der Bevölkerung mit



Ernte der Kassiabaumfrüchte auf einer staatlichen Plantage in Moçambique Foto: ZB/Prensa Latina

Grundnahrungsmitteln aus eigener Kraft zu gewährleisten.

Der Kurs auf die Bildung der Aldeias Comunas findet in der Bevölkerung ein nachhaltiges Echo und bewährt sich jetzt auch in der Not der von den jüngsten Überschwemmungen am schlimmsten heimgesuchten Südpvinzen: Die Bevölkerung verschiedener Siedlungen hat, zunächst oft aus der unmittelbaren Naturbedrohung heraus, die Gründung von Gemeinschaftsdörfern beschlossen. Auf ihrer Grundlage wollen die Bauern gemeinsam die Unwetterfolgen überwinden und später kollektiv produzieren, in einer Form, die allen Nutzen bringt.

# Britische Arbeiter sind von Sozialkontrakt enttäuscht

Wachsende Gewerkschaftsproteste gegen Lohnbeschränkungen  
Von unserem Londoner Korrespondenten Werner Otto

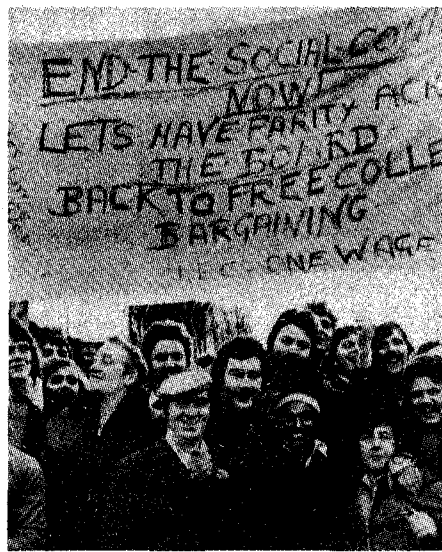
Britische Automobilwerker kündigen neue Streiks an. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes organisieren Aktionstage und Kampfwochen. Mit starken Erklärungen haben sich die Techniker-Gewerkschaft, die Bergarbeiter, die Busfahrer und Eisenbahner sowie Sektionen der Transport- und Metallarbeiterverbände zu Wort gemeldet. Aus dem Murren in der britischen Gewerkschaftsbewegung ist ein unmißverständliches Rumoren geworden. Die Forderung, die weitverbreitete Zustimmung findet, heißt: Kein weiteres Jahr der Lohnbeschränkung. Keine Verlängerung des Sozialkontrakts.

Die offiziell als freiwillig geltende Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen ist das Kernstück des sogenannten Sozialkontrakts, der zwischen der TUC-Führung und der Regierung ausgehandelt wurde. Die gegenwärtige Lohnvereinbarung läuft Ende Juli dieses Jahres aus. Nun dringen der Finanzminister, die Kabinettsmehrheit und prominente TUC-Kreise auf ein weiteres, ein drittes Jahr der staatlich regulierten Verzichtleistung durch die Arbeiter. Die Unternehmerverbände drohen mit einem „wirtschaftlichen Kollaps“, falls die Gewerkschaften sich dazu nicht bereit fänden. Einflußreiche Gewerkschaftsführer appellieren erneut an die Loyalitätsgeföhle der Arbeiter gegenüber der Labourregierung.

Zum erstmaligen hatte sich der Gewerkschaftskongreß 1975 nach heftigen Auseinandersetzungen verpflichtet, trotz galoppierender Inflation die Lohnforderungen hart zu begrenzen. Damit war faktisch auch ein weitgehender Verzicht auf die Anwendung des Streiks als wichtiges Kampfmittel gegen Unternehmerwillkür und monopolistische Ausbeu-

tung erklärt. Als Gegenleistung wurden einschneidende Regierungsmaßnahmen zur Krisenbekämpfung zugesagt. Dann aber erreichte die Arbeitslosigkeit neue Nachkriegsrekorde. Während die Arbeiter sich mit etwa zehnpromzentigen Lohnzuschlägen abfinden mußten, rannten die Preise mit einer Steigerungsrate von 27 Prozent davon.

Weitere Lohnverhandlungen wurden im vergangenen Jahr vereinbart. Die Zustimmung kam, nur nach der Versicherung durch die TUC-Führung zustande, daß 1977 eine „geplante Rückkehr“ zur freien Tarifauseinandersetzung mit den Unternehmern beginnt.



Automobilarbeiter demonstrieren in Birmingham unter der Losung: Jetzt den Sozialkontrakt aufheben! Foto: ND/Repro

Dabei beschränken sich die bisherigen gewerkschaftlichen Zugeständnisse unter dem Aspekt des sogenannten Sozialkontrakts nicht nur auf Lohnfragen. Sie stimmten u. a. einer Lockerung der Gewinnbeschränkungen zu, fanden sich mit einer Verminderung der Preiskontrolle ab. Dafür wurde die Erfüllung einer Reihe gewerkschaftlicher Forderungen versprochen.

Tatsächlich hat die Regierung teilweise gegen den erbitterten konservativen Widerstand u. a. die Beseitigung der Anti-Gewerkschafts-Gesetze durchgedrückt, neue Arbeitsschutzbestimmungen erlassen, die berufliche Gleichberechtigung der Frau wenigstens gesetzlich abgesichert und die Renten erhöht. Die entscheidenden Zusagen freilich blieben im Handgemenge mit der Krise bislang auf der Strecke. Noch immer verpackt die Unternehmer die Inlandsinvestitionen und exportieren ihr Kapital ins Ausland. Während die großen Monopole teilweise Superprofite erzielen, sinken die Realeinkünfte der Werktätigen. Die gegenwärtige Teuerungsrate übersteigt die Lohnzuschläge um mehr als das Dreifache. Die Arbeitslosigkeit ist zur Dauerbedrohung für Millionen geworden.

Der Sozialkontrakt, einst als eine Art Wundermittel zur Krisenbekämpfung gepriesen, ist inzwischen in den Augen vieler Arbeiter nicht mehr viel wert. Die Werktätigen meinen, ihre Anstrengungen und Opfer sind schlecht vergolten worden. Die profitorientierte Wirtschaftspolitik, die der unternehmerischen Kapitalbildung dient, hat bislang keines der Hauptprobleme für die Arbeiter lösen können. Im Gegenteil. Die Bürden wurden schwerer.

Nach Auffassung linker Kräfte ist der reformistische Gehalt des sogenannten Sozialkontrakts immer offensichtlicher geworden. Die kritische Beurteilung in vielen Gewerkschaftsverbänden läßt darauf schließen, daß hier und da gewisse Erkenntnisse reifen. Solchen Vorgängen freilich steht eine breite und massive Abwehrfront gegenüber, die noch nie um Mittel und Wege verlegen war, wenn es darum ging, die herrschenden Interessen durchzusetzen.